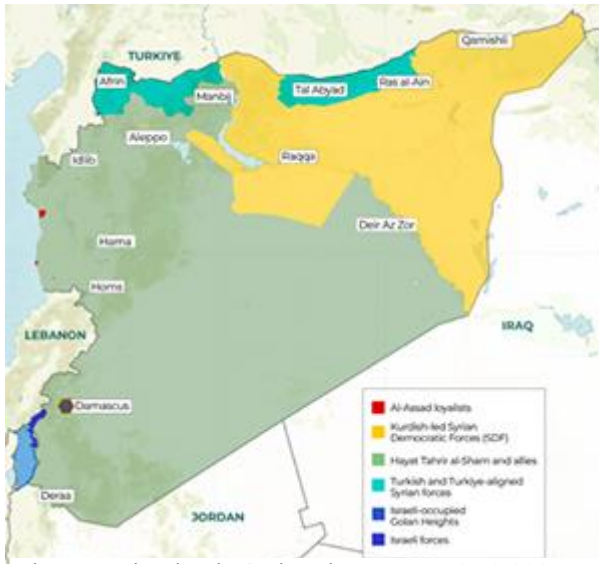


Factsheet Syrien

Januar 2025

1. Fakten und Zahlen



Who controls what in Syria, Al-Jazeera, 16.12.2024

Bevölkerung: Für das Jahr 2023 wurde die Gesamtbevölkerung auf [23,2 Millionen](#) geschätzt.

Religionen: [Sunnitischer Islam \(75%\)](#), [alawitischer Islam \(12%\)](#), [Christentum \(10%\)](#) und [Drusentum \(3%\)](#).

Hauptsprachen: Arabisch und Kurdisch.

Ethnische Gruppen: [Araber*innen \(50%\)](#), [Alevit*innen \(15%\)](#), [Kurd*innen \(10%\)](#), [Levantiner*innen \(10%\)](#). Sonstige (15%): [Drus*innen](#), [Ismailit*innen](#), [Assyrer*innen](#), [Turkmen*innen](#), [Armenier*innen](#).

Politisches System. Seit dem Sturz von Baschar al-Assad am 8. Dezember 2024

durch eine von der Gruppe Hayat Tahrir al-Sham (HTS) angeführte Koalition wird Syrien von einer « Syrischen Übergangsregierung » mit Premierminister [Mohammed al-Bashir](#) an der Spitze regiert. Die Übergangsregierung soll bis März 2025 regieren. Der Führer des HTS, [Ahmed al-Sharaa](#), wurde zum Präsidenten für die « Übergangszeit » [ernannt](#). Ende Dezember 2024 deutete er an, dass [die Abhaltung von Wahlen vier Jahre dauern könnte](#).

2. Gefährdungsprofile

Diese Risikoprofile basieren zum Teil auf der [letzten Aktualisierung](#) (April 2024) der Gemeinsamen Analyse und Leitlinie der EUAA sowie auf der [letzten Aktualisierung](#) (März 2021) der UNHCR-Bewertung des internationalen Schutzbedarfs. Sie wurden geändert, um den Sturz des syrischen Regimes Ende 2024 widerzuspiegeln.

- **Personen, die die alte Regierung unterstützt haben oder als Unterstützer*innen der alten Regierung wahrgenommen werden:** ehemalige Militärangehörige, ehemalige Geheimdienstmitarbeiter*innen oder ehemalige Regierungsmitglieder, ethnische und religiöse Minderheitengruppen (vor allem Alawiten) und andere Zivilist*innen. Diese werden von der Bevölkerung, von Gruppen, die mit der neuen Regierung verbunden sind, oder von regierungsfeindlichen Gruppen ins Visier genommen.
- **Personen, die sich der Partei der Demokratischen Union (PYD) oder den Volksschutzeinheiten (YPG) in den Gebieten, die de facto von ihnen kontrolliert werden, widersetzen oder als solche wahrgenommen werden, darunter Mitglieder**

kurdischer Oppositionsparteien, Journalist*innen, politische Aktivist*innen und Demonstrant*innen.

- **Personen, die sich den von der Türkei unterstützten bewaffneten Gruppen (Syrische Nationalarmee - SNA) in den von ihnen kontrollierten Gebieten widersetzen oder als Gegner*innen dieser Gruppen wahrgenommen werden:** Journalist*innen, Rechtsanwält*innen, politische und/oder Menschenrechtsaktivist*innen und humanitäre Helfer*innen. Sie werden wegen ihrer tatsächlichen oder angeblichen Unterstützung der früheren Regierung oder rivalisierender bewaffneter Gruppen ins Visier genommen.
- **Personen, die der Verbindungen zum IS/Daesh verdächtig werden:** Diese Personen einschliesslicheinschliesslich ihrer Familienangehörigen sowie Zivilist*innen, die in den zuvor vom IS/Daesh kontrollierten Gebieten lebten, werden von den Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) ins Visier genommen.
- **Personen, die der Unterstützung der SDF/YPG verdächtig werden:** Zielpersonen der SNA und des IS/Daesh.
- **Angehörige religiöser und ethnischer Minderheitengruppen:** Die Situation variiert je nach Region und kontrollierenden Akteuren
- **Frauen:** sind Verletzungen durch die verschiedenen Konfliktparteien ausgesetzt. Sexuelle/ häusliche Gewalt, Ehrenmorde, Zwangsheirat, sexuelle Ausbeutung.
- **Kinder:** Zwangsrekrutierung, sexuelle Gewalt, häusliche Gewalt, Zwangsarbeit.
- **LGBTQI+-Personen:** werden von der unmittelbaren und erweiterten Familie, der Gesellschaft, den staatlichen Behörden und einer Reihe von bewaffneten Gruppen ins Visier genommen.

3. Jüngste sicherheitspolitische Entwicklungen

Sturz des Regimes von Baschar al-Assad. Eine Übergangsregierung bis zum 1. März 2025. Seit dem im März 2020 zwischen der Türkei und Russland vereinbarten Waffenstillstand waren die wichtigsten Frontlinien im syrischen Bürgerkrieg «eingefroren». Die am 27. November 2024 eingeleiteten [Blitzoffensive einer](#) von der Hayat Tahrir Ash-Sham (HTS) angeführten Koalition führte am 8. Dezember 2024 zum Sturz der Regierung von Baschar al-Assad und seiner [Flucht nach Russland](#). Die von der Koalition eingesetzte Übergangsregierung wird von Premierminister Mohammed al-Bashir angeführt. Seine [Aufgabe ist es, den Zerfall des Staates zu verhindern und den politischen und institutionellen Übergang bis zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung und der Abhaltung von Wahlen zu verwalten](#). Während dieser Übergangsphase, die offiziell am 1. März 2025 enden soll, hat die Regierung die [Verfassung und das Parlament suspendiert](#).

Die wichtigsten Städte des Landes in den Händen der neuen Regierung, aber das Land bleibt geteilt. Die SDF kontrollieren den Nordosten, während die türkischen Streitkräfte und ihre Verbündeten die Grenzregionen im Norden kontrollieren. Die neue Übergangsregierung kontrolliert Zentral- und Südsyrien ([Vereinbarung mit den bewaffneten Fraktionen im Süden](#)), die Provinzen entlang der Mittelmeerküste, die Provinz Idlib und Teile Ostsyriens und einen Teil der Provinz Aleppo. Die wichtigsten Städte des Landes wie Damaskus, Homs oder Hama stehen unter der Kontrolle der neuen syrischen Regierung. Die Stadt Aleppo wird hauptsächlich von der neuen Regierungskoalition kontrolliert, einige Stadtteile bleiben jedoch unter der Kontrolle der kurdischen Streitkräfte. Diese haben sich zu den Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) zusammengeschlossen und kontrollieren [etwa ein Viertel des](#)

Landes, einschliesslich der Provinzen Raqqa und Hassaka und teilweise Aleppo und Deir al-Zor.

Volatile Sicherheitslage im Norden. Mindestens 100 000 Vertriebene. Nach [vier aufeinanderfolgenden Militäroperationen](#) auf syrischem Hoheitsgebiet, die zwischen 2016 und März 2020 durchgeführt wurden, errichtete die Türkei eine Militärpräsenz in der Provinz Aleppo und in der Region Afrin, die sie mit verbündeten Kräften, insbesondere mit der Syrischen Nationalarmee (SNA) kontrolliert. Nach der Militäroperation im Oktober 2019 richtete die Türkei eine 32 km breite und 480 km lange Sicherheitszone entlang des Grenzgebiets ein, in der sie [1 Million in der Türkei lebende syrische Flüchtlinge unterbringen will](#). Im Januar 2025 war die Sicherheitslage im Norden des Landes weiterhin sehr unbeständig, insbesondere aufgrund der Kämpfe zwischen den von der Türkei unterstützten Gruppierungen und den kurdischen Kräften um strategisch wichtige Städte wie Manbij, Tal Rifaat, Kobane und Raqqa. Seit Dezember 2024 haben diese Kämpfe Hunderte von Todesopfern, darunter auch Zivilist*innen, gefordert und [mehr als 100'000 Menschen, überwiegend Kurd*innen](#), zur Flucht in den Nordosten veranlasst.

Befürchtung eines Wiederauflebens von Daesh nach dem Sturz von Assad. Obwohl Daesh seit April 2019 alle seine Gebiete in Syrien verloren hat, stellt die Gruppe aufgrund ihrer Fähigkeit, weiterhin zu rekrutieren und in Syrien zu operieren, [immer noch eine Bedrohung dar](#). Die USA haben kürzlich beschlossen, ihre [Streitkräfte von 900 auf 2000 Personen zu erhöhen](#). Kurz nach dem Sturz von Assad intensivierte Washington seine Luftangriffe gegen Daesh, da es befürchtete, dass die Gruppe vom Machtvakuum in Damaskus profitieren könnte. Im Nordosten halten die SDF immer noch etwa 44'000 Verdächtige mit Verbindungen zum Islamischen Staat und ihre Familien in den Lagern al-Hol und al-Roj fest, wo die Haftbedingungen [laut einer UN-Expertin](#) einer «willkürlichen und unbestimmten Masseninhaftierung ohne Rechts-oder Gerichtsverfahren» gleichkommen.

4. Auswirkungen des Konflikts auf Zivilpersonen

Mindestens 600 000 Tote seit 2011. Fast 17 Millionen Syrer*innen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Aus humanitärer Sicht befindet sich Syrien in einer anhaltenden Krise. Schätzungen zufolge hat der Konflikt seit 2011 fast [620'000 Menschen das Leben gekostet](#), darunter [231'000 Zivilist*innen](#). Laut den Vereinten Nationen werden im Jahr 2025 [16,7 Millionen Menschen in Syrien humanitäre Hilfe benötigen](#). Davon sind 5,5 Millionen Binnenvertriebene, von denen mehr als 2 Millionen in schwer zugänglichen Gebieten leben. Mehr als [4,2 Millionen Menschen im Nordwesten Syriens sind auf humanitäre Hilfe angewiesen](#). Der Humanitarian Response Plan 2024 für Syrien war bis Ende des Jahres [nur zu 34% finanziert](#), was den Mangel an Ressourcen zur Deckung der Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung unterstreicht.

13,4 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. Seit 2011 sind [13,4 Millionen](#) Menschen aus ihrer Heimat geflohen. Etwa [7,2 Millionen davon sind Binnenvertriebene](#) in Syrien. Im Jahr 2024 befand sich die Mehrheit der Binnenvertriebenen, nämlich [3,4 Millionen, in der nordwestlichen Region des Landes](#), in Aleppo und Idlib, wo die Zahl der Vertriebenen infolge der Offensive der von HTS angeführten Koalition um [mehr als 1,1 Millionen anstieg](#). Schätzungsweise [4,7 Millionen Menschen sind nach wie vor Flüchtlinge in den](#)

Nachbarländern, hauptsächlich in der Türkei (2,9 Millionen), im Libanon (755'000), in Jordanien (611'000), im Irak (303'000) und in Ägypten (148'000).

(Freiwillige und erzwungene) Rückkehr nach Syrien. Laut UNHCR kehrten im Jahr 2024 rund 556'000 Syrer*innen nach Syrien zurück. Diese Zahlen beinhalten eine Mehrheit von Menschen, die im Libanon untergebracht waren, im Herbst 2024 vor den israelischen Angriffen auf den Libanon flohen und die Grenze nach Syrien überquerten. Seit dem 8. Dezember 2024 sind mehr als 195'000 Syrer*innen nach Syrien zurückgekehrt. Mehr als die Hälfte der Rückkehrer*innen kehrten in die Provinzen Aleppo und Raqqa im Norden sowie Daraa und Rif Dimashq (ländliches Damaskus) im Süden zurück.

5. Menschenrechtsverletzungen

Morde, Verhaftungen und Misshandlungen ehemaliger Assad-Offiziere. Alawitische Minderheit im Visier. In einigen Regionen des Landes, wie Homs und Hama, hat die Machtübernahme der HTS-Gruppe die Spannungen verschärft, insbesondere gegenüber der alawitischen Minderheit, die historisch mit dem Assad-Regime verbunden ist. Mehr als 1380 Personen, hauptsächlich Zivilist*innen und ehemalige Soldaten, die ihre Waffen niedergelegt hatten, wurden festgenommen. Zeugenaussagen zufolge kam es zu Gewalt, öffentlichen Demütigungen und Misshandlungen, insbesondere von ehemaligen Offizieren. Diese Übergriffe schüren Angst unter den Alawit*innen, die bereits Opfer von 150 kürzlich verzeichneten Morden geworden sind. Obwohl HTS eine Amnestie für Soldaten der syrischen Streitkräfte erlassen hat, versprach der Präsident, «Kriminelle, die syrisches Blut vergossen und Massaker und Verbrechen begangen haben», strafrechtlich zu verfolgen.

Schwere Menschenrechtsverletzungen und Zwangsrückführungen von syrischen Flüchtlingen. In einem im Februar 2024 veröffentlichten Bericht dokumentierte HRW schwere Menschenrechtsverletzungen durch SNA-Fraktionen und die türkischen Sicherheitskräfte in den von ihnen besetzten Gebieten, darunter Entführungen, willkürliche Verhaftungen, sexuelle Gewalt und Folter. Ebenfalls laut HRW, haben die türkischen Behörden seit 2017 Tausende syrische Flüchtlinge nach Tel Abyad in Nordsyrien deportiert, wo die humanitären Bedingungen katastrophal sind. Diese «freiwilligen» Rückführungen hätten sich 2023 im Vergleich zu 2022 verdoppelt. Im Nordosten halten die SDF weiterhin politische Aktivist*innen fest und rekrutieren Kinder. Im Gouvernement Deir al-Zor verursachten die Angriffe der SDF Verluste unter der Zivilbevölkerung. Türkische Luftangriffe richteten sich gegen zivile Infrastruktur im Nordosten.

6. Praxis der Schweizer Behörden

Hohe Schutzquote. Gemäss den Zahlen des SEM, haben zwischen dem 1. Januar und dem 30. November 2024 1313 Syrer*innen einen Asylantrag gestellt. Die Anerkennungsquote betrug 43,9 %, während die Schutzquote (positive Entscheide + vorläufige Aufnahmen) bei 82,9 % lag. Die bereinigte Asylgewährungsquote (ohne Nichteintretensentscheid NEE) lag bei 50,8 % und die Schutzquote bei 96 %.

Aussetzung der Bearbeitung von Asylanträgen von Syrer*innen. Nach dem Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 gab die Schweiz wie andere europäische Länder bekannt, dass sie die Asylverfahren von Syern sistieren würde.